



wikimedia commons

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
157 · Ausgabe AG · September 2015



Editorial

MENSCHEN STATT MILLIONEN

Am 12. September 2015 trafen aus allen Kantonen Genossinnen und Genossen auf der Holzbrücke in Turgi zusammen, um miteinander die heisse Phase des Wahlkampfes zu eröffnen. «Die anderen Parteien haben Millionen, wir aber haben Menschen», rief uns Christian Levrat zu. «Nützen wir die verbleibenden Wochen bis zum 18. Oktober und mobilisieren wir gemeinsam ganz viele Wählerinnen und Wähler.» Unser gesamtschweizerisches Mobilisierungsziel ist, mit 100 000 Frauen und Männern zu sprechen. Das fordert uns, als einen der grösseren Kantone, besonders. Mit dem Basiswahlkampf und den Telefonaktionen sind wir zwar gut unterwegs, aber immer noch sehr froh um Unterstützung. Es braucht für den Schlusspurt uns alle. Um die Energiewende und eine moderne, zeitgemässe Altersvorsorge endlich umzusetzen, ist jede Stimme nötig. Unsere Liste und Pascale Bruderer Wyss sind die richtige Wahl.

Möchtest Du uns unterstützen? Hilfst du an einem der drei Samstage (26.9., 3.10., 10.10.) mit und telefonierst mit uns? Brauchst Du Werbematerial, um in deinem persönlichen Umfeld die Leute zum Wählen zu motivieren? Dann melde dich beim Sekretariat.

Wir helfen und unterstützen gerne.

Menschen statt Millionen! Wir brauchen dich und zählen auf dich!

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.



Pascale Bruderer Wyss von Nussbäumen ist SP-Ständerätin. Sie kandidiert im Oktober erneut für den Ständerat.

Die letzte Session hatte es nochmals so richtig in sich. Unter dem Eindruck der anhaltenden Flüchtlingsbewegungen, der menschlichen Tragödien und herzerreissenden Bilder wusste die SVP nichts Besseres, als in einer ausserordentlichen Session ein Asylmatorium und die Grenzschliessung zu fordern. Das ist nicht nur menschlich verwerflich, sondern auch politisch völlig falsch. Die richtigen Antworten auf die aktuelle Situation sind eine verantwortungsvolle internationale Zusammenarbeit und das Vortreiben unserer nationalen Reformbestrebungen, die Beschleunigung der Verfahren bei gleichzeitigem Rechtsschutz für die Asylsuchenden. Das ist die erste Reform des Asylgesetzes, welche keine einseitige Verschärfung, sondern eine kons-

Asyldebatte: Taten statt Worte sind gefordert

truktive Weiterentwicklung und eine Entlastung der Kantone bringen wird. Ganz wichtig ist, dass diese Reform von allen vernünftigen Kräften im Parlament geschlossen unterstützt wurde. Das zeigt: Wenn die SP das Migrationsthema an die Hand nimmt, dann kann sie etwas bewegen!

Und was hat es mit der «Hilfe vor Ort» auf sich, die jetzt von ganz rechts plötzlich als das alleinige Rezept gefordert wird? Sie ist wichtig, sehr wichtig sogar. Dazu gehört nebst dem kurzfristigen Einsatz die langfristige, verlässliche Entwicklungszusammenarbeit mit Staaten, die in ihrer demokratischen Entwicklung zu unterstützen und punkto wirtschaftliche Chancen zu fördern sind. Genauso wie die Stärkung der Menschenrechte, überall auf dieser Welt. So lassen sich die Risiken für Terror, Krieg und Elend senken – Situationen, in denen Familien ihr Hab und Gut zu Hause lassen und sich auf die gefahrenreiche Flucht begeben. Dass nun im Rahmen des anstehenden Sparpakets die Gelder für die Entwicklungshilfe stark

reduziert und für die Mitgliedschaft in einer neuen, von China gesteuerten Entwicklungsbank versickern sollen, ist kein gutes Zeichen.

Grenzzäune und Stacheldraht sind falsche Antworten auf die anhaltende Einwanderung von Flüchtlingen. Abschreckung und Abschottung halten flüchtende Menschen nicht auf, sondern setzen sie nur zusätzlichen Gefahren aus. Im Einklang mit unserer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga sowie der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren unterstützt die SP darum einen Verteilschlüssel, an dem sich alle Länder Europas inklusive Schweiz solidarisch beteiligen. Die Europäische Kommission erinnert zu Recht an unsere von Migration und Gastfreundschaft geprägte Geschichte. Es ist zu hoffen, dass diese Botschaft ankommt und sich solidarische, mutige Länder wie Deutschland, Schweden und nicht zuletzt die Schweiz werden durchsetzen können.

KOMMENTAR



Das Ende der Demokratie

Die Geschichte beginnt mit einem Slogan: «Weniger Staat». Mit dieser nur auf die Wirtschaft ausgerichteten Politik scheiterte eine Partei grandios. Die Menschen wollen nicht auf wichtige Leistungen des Staates wie Sicherheit oder Bildung verzichten. Sie wollen eine starke Wirtschaft, aber auch eine funktionierende Gesellschaft.

Dann forderte man Steuersenkungen. Das funktionierte: Auch im Aargau wurden blind Steuern gesenkt, wovon vor allem Gutverdienende profitierten. Weil man versprach, dass es keine Konsequenzen habe, war die Bevölkerung immer dafür.

So geht der Abbauplan doch noch auf: Der Staat hat jetzt einfach kein Geld mehr, um wichtige Leistungen zu finanzieren. Die Kostenfrage steht vor der Frage nach dem Bedürfnis. Mit dieser Politik lässt man die Bildung verlernen und schreibt die Solidarität ab. Nach mir die Sintflut halt – und zwar wörtlich: Denn das Primat der Wirtschaft vor dem Staat bedeutet auch das Ende der Demokratie. Unsere Regierung zeigt, dass sie bereit ist, aus Kostengründen die Volksrechte auszuhebeln – mit «neuen» Abbauvorlagen, die das Volk vor einem halben Jahr an der Urne abgelehnt hat.

Freisinn und Wirtschaftsverbände treiben dieses neoliberale Spiel, die SVP lenkt mit Angriffen auf Kriegsflüchtlinge davon ab, dass sie damit ihr Volk verseckelt, und die christlichen und ökologischen Parteien schauen zu. Nur wir, die SP, können dagegen etwas tun. Dafür fehlen uns aber im Aargau die Mehrheiten. Am 19. Oktober beginnt der Grossratswahlkampf 2016!

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

Ein Aargau für alle ist machbar

AM 11. SEPTEMBER 2015 SIND SP, GRÜNE, JUSO, DER AARGAUISCHE GEWERKSCHAFTSBUND AGB, UNIA, VPOD, VCS UND DER AARGAUISCHE LEHRERINNEN- UND LEHRERVERBAND ALV MIT DEM NEUEN BÜNDNIS «AARGAU MIT ZUKUNFT» MIT EINEM AMBITIÖSEN ZIEL AN DIE ÖFFENTLICHKEIT GETRETEN: DIE VOLLSTÄNDIGE WENDE IN DER AARGAUER FINANZPOLITIK.



Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

Mit den Steuerreformen der letzten 15 Jahre hat die bürgerliche Mehrheit mit überraschenden Steuersenkungen die Aargauer Finanzen an die Wand gefahren. Dem Kanton fehlen jetzt die Mittel für essentielle Aufgaben. Damit erweist sich die Behauptung der Regierung, es hätten alle von den Steuersenkungen profitiert, als glatter Unsinn. Die unteren und mittleren Einkommen bezahlen jetzt die Ausfälle mit Leistungsabbau.

Ebenso falsch ist es, wenn die Regierung nun behauptet, diese Situation sei nicht voraussehbar gewesen. Tatsächlich muss der Kanton bereits seit 2012 sein Budget mit der Bilanzreserve ausgleichen. Auf eine Interpellation der SP-Fraktion hat die Regierung nun auch geantwortet, die Steuerstrategie sei gescheitert. Bis zu 180 Millionen Franken nimmt der Aargau heute weniger ein als vor der Reform – und hat keine guten Steuerzahler anlocken können. «Aargau mit Zukunft» findet darum, es ist Zeit, das Ruder herumzureissen. Mit unserem konkreten Plan kann auf die vorgeschlagenen Abbaumassnahmen verzichtet, die Kantonsfinanzen können ins Lot gebracht und notwendige Mehrleistungen für die Bevölkerung erbracht werden.

Der Kanton, der sich gerne als modern und familienfreundlich vermarktet, ist heute auf dem Weg zum Dumpinganbieter. Das Bündnis will die ärgsten Schieflagen mit einer Reihe von Volksinitiativen beheben. Wir fordern eine flächendeckende, zahlbare familienergänzende Kinderbetreuung gemäss der ALV-Initiative «Eltern und Kinder», ein Engagement des Kantons gegen Familienarmut mit den direkten Kinderbeihilfen der SP-Initiative «Chancen für Kinder», mit der Initiative «Arbeit und Weiterbildung für alle» des AGB den Ausbau von Angeboten für Ar-

beitslose, mit der Initiative «Zahlbare Krankenkassenprämien für alle» der SP Aargau Prämienverbilligungen für alle Haushalte, die mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben, und schliesslich den Verzicht des Kantons auf die geplanten verheerenden Abbaumassnahmen im Budget 2016.

Zuerst müssen die Fehler der vergangenen Steuerreformen korrigiert werden, so die Entlastung der juristischen Personen. Dies bringt dem Kanton zusätzliche 160 Millionen. Dann soll die Vermögenssteuer für Vermögen ab 2 Millionen angehoben werden, wie dies die JUSO-Initiative «Millionärssteuer – für eine faire Vermögenssteuer im Aargau» verlangt. Das bringt weitere 75 Millionen. Weiter soll der Pendlerabzug von 12 000 Franken neu auf 3000 Franken beschränkt werden, was weitere 30 Millionen Steuereinnahmen ausmacht. Diese Massnahmen zusammen

Es ist Zeit, das Ruder herumzureissen.

decken den zusätzlichen Mittelbedarf aus den Forderungen in der Höhe von 265 Millionen Franken jährlich ab. Ein Aargau für alle ist mach- und bezahlbar, wenn wir wollen!

Zukünftige Weltbürgerinnen und Weltbürger

IN DEN ZEITUNGEN FINDEN WIR SEITENWEISE INSERATE, AM SAMSTAGMORGEN GIBT ES WIEDER ÜBERALL WAHLKAMPFSTÄNDE UND AN DEN STRASSENRÄNDERN HÄNGEN DIE VERSCHIEDENSTEN PLAKATE: ES IST WAHLKAMPF. DOCH IMMER HÄUFIGER NEHME ICH RESIGNATION, GLEICHGÜLTIGKEIT UND HOFFNUNGSLOSIGKEIT WAHR. DIE LEUTE SCHEINEN VERGESSEN ZU HABEN, DASS WIR IN EINER DEMOKRATIE LEBEN UND DASS SIE SELBST IN DER LAGE SIND, IHRE VERTRETUNG IN UNSEREM PARLAMENT ZU WÄHLEN.

Alessandra Manzelli von Brugg ist SP-Einwohnerin und Mitglied im Vorstand der SP Bezirk Brugg und der JUSO AG. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.



Ich finde es wichtig, dass wir vor allem bei den jüngeren Generationen das Vertrauen in unser politisches System wieder herstellen. Die Generation Y (Jahrgänge 1977–1998) ist dank digitalen Medien stets bestens über das Weltgeschehen informiert. Sie hört Reden von Angela Merkel und Barack Obama, schaut sich Videos von zurückgekehrten IS-Kämpfern an und liest Blogs über den Arabischen Frühling; die Europapolitik wird per Liveticker mitverfolgt. Diese Generation ist es gewohnt, dass sich jeder und jede zum aktuellen Geschehen äussern, allerdings nichts daran ändern kann.

Ich finde es wichtig, dass wir vor allem bei den jüngeren Generationen das Vertrauen in unser politisches System wieder herstellen.

Die jungen Leute kennen sich mit den politischen Systemen der Vereinigten Staaten, von China und Somalia aus, wissen aber oft nicht genug Bescheid über ihre eigenen

Rechte hier in der Schweiz. Es wird Zeit, dass ein Fach «Politik» in der regulären Schulzeit eingeführt wird, in dem die Jugendlichen das einzigartige System der Schweiz, aber auch die verschiedenen anderen politischen Systeme kennenlernen.

Es ist wichtig, dass die Jugendlichen im Alter von vierzehn bis sechzehn Jahren, dann, wenn sie sich mit der eigenen Persönlichkeitsfindung beschäftigen, ihr Mitbestimmungsrecht wahrnehmen. Bereits in diesem Alter sind sie nämlich befähigt, für eine Initiative, sei das eine kommunale, kantonale oder nationale, oder eine Petition Unterschriften zu sammeln. Idealerweise würde als Ergänzung zum Fach «Politik» das kommunale Wahl-, und Stimmrecht ab sechzehn Jahren eingeführt, damit die Jugendlichen im Anschluss an oder während des Politik-Unterrichtes das erste Abstimmungscover erhalten.

Grundsätzlich wachsen mit der Generation Y, und das wird bei der Generation Z nicht anders sein, Bürgerinnen und Bürger heran, die in einer globalisierten Welt leben. Durch Auslandsaufenthalte, Chat-Bekanntschaften und Freunde von Freunden sind die Schweizer Jugendlichen auf Sozialen Netzwerken mit der ganzen Welt vernetzt. So werden sie ständig mit der Europa- und der Weltpolitik konfrontiert.

Ein mögliches und wünschenswertes Zukunftsszenario wäre es, dass immer mehr Menschen das Nationen-Denken verlieren und sich mehr nach Europa und weiter orientieren. Es wäre in diesem Fall aber wichtig, dass die zukünftigen Weltbürgerinnen und Weltbürger den Blick auf die Schweiz nicht verlieren und dass die Regionalpolitik nicht mit Gleichgültigkeit bestraft wird. Es ist unersetzlich, dass man sich weltweit für Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden einsetzt, allerdings darf man nicht vergessen, dass man auch die eigene Alltagsumgebung mitgestalten kann und auch soll.

KOMMENTAR



Vom Wohlstand für die meisten zur Armut für viele

Die Anhäufung unsäglichen Reichtums für die oberste Schicht der Amerikaner und gleichzeitig die Verarmung bis weit in die amerikanische Mittelschicht konnte in den Jahren der Dotcom-, Subprime- und weiterer Krisen auch uns nicht verborgen bleiben: Sie wurden mehrfach in Reportagen und auch literarisch dargestellt. So auch vom bekannten Reporter und Autor des «New Yorker» George Packer, der in diesem amerikanischen Intelligenzblatt auch schon eine Figur wie den ehebrecherischen, mickrigen, aber auch gefährlichen Pseudopolitiker Newt Gingrich bis zur Kentlichkeit entstellte hat. In seinem 2014 deutsch erschienen Werk «Die Abwicklung» zeigt er anhand von Biografien von Menschen aus allen Regionen, Schichten, Ethnien und politischen Präferenzen, wie Aufstieg und Niedergang in Amerika (und nicht nur dort) funktionieren. Prominente wie die Clintons, Oprah Winfrey oder Joe Biden und unbekanntere, um ihre Existenz und ihren Stolz kämpfende Menschen werden porträtiert, das Buch ist eine Mixtur aus Reportage und Great American Novel, und es ist bei aller Klarheit der Analyse und der dargestellten Düsterei auch ein zutiefst von amerikanischem Optimismus geprägtes Werk. Täter und Opfer werden benannt, die Folgen der Bushschen Steuersenkungen für die Allgemeinheit beschrieben – aber auch die Kraft der Besinnung auf die verfassungsmässigen Rechte und die Würde der Verarmten, die für diese kämpfen. So ist es auch ein tröstliches Buch, manche Figur darin ein Vorbild für gutes demokratisches Handeln. Und eine Lektüre, geprägt vom Licht der Aufklärung und dem Respekt, auch dem vor der Sprache.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

George Packer: Die Abwicklung (The Unwinding). Eine innere Geschichte des neuen Amerika. New York 2013/Frankfurt am Main 2014. 512 Seiten, TB Fr. 17,90.

KOMMENTAR



Wir stehen für soziale Gerechtigkeit ein!

«Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit bezieht sich auf gesellschaftliche Zustände, die hinsichtlich ihrer relativen Verteilung von Rechten, Möglichkeiten und Ressourcen als fair oder gerecht bezeichnet werden können.» So Wikipedia zum Suchbegriff «soziale Gerechtigkeit». Als erster Satz hätte da aber auch stehen können: «Soziale Gerechtigkeit ist ein Kernanliegen der Sozialdemokratie.» Denn für mich ist klar: Wir von SP, JUSO und Gewerkschaften stehen für soziale Gerechtigkeit ein. Und zwar konsequent: Wir wollen eine Schweiz für alle statt für wenige. Wir wollen eine Schweiz mit fairen Löhnen, guten Sozialversicherungen, Chancengleichheit in der Aus- und Weiterbildung und bezahlbaren Krankenkassenprämien. Wir wollen eine weltoffene Schweiz. Eine Schweiz der Integration statt der Ausgrenzung. Eine Schweiz, die beim Elend, das aus den Brandherden dieser Welt entsteht, nicht wegschaut. Eine Schweiz, die den Konfliktparteien für ihr mörderisches Tun keine Waffen liefert. Wir wollen eine Schweiz der Steuergerechtigkeit und mit einem sauberen Finanzplatz. Eine Schweiz, die keine Potentatengelder bunkert, und eine Schweiz, die sich nicht an Blutgeld bereichert. Wir stehen ein für eine Schweiz, die die Menschenrechte hochhält, und wir stehen ein für eine Schweiz, die sozial und ökologisch orientiert in die Zukunft schreitet. Das ist soziale Gerechtigkeit. Dafür stehen wir bei den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober 2015 ein.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Ober-siggenhal, ist SP-Nationalrat. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

Gegen die Diskriminierung älterer Personen in Arbeit und Gesellschaft

ALLE MÖCHTEN ALT WERDEN, ABER NIEMAND MÖCHTE ALT SEIN. ÄLTERE GELTEN ALS UNFÄHIG, INEFFIZIENT UND VERBRAUCHT. NICHT ÜBERRASCHEND BANGEN DIE MEISTEN ÜBER 45 UM IHREN ARBEITSPLATZ.



Martin Killias von Lenzburg ist SP-Einwohnerat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Überall finden sich junge Leute, die ihre Arbeit übernehmen könnten, oft ebenso kompetent und zu tieferen Kosten. Ab 50 macht man sich Sorgen, wie man in Vollbeschäftigung und damit mit Aussicht auf eine ungeschmälernte Rente das Pensionsalter erreichen kann. Da in aller Regel das Gehalt mit dem (Dienst-)Alter steigt, ist aus Arbeitgebersicht die «Verjüngung» des Personals ein rationaler Weg zur Kostenreduktion. Dazu steigen die Beiträge an die zweite Säule ab 45. Zwar wird viel gegen Lohndumping unternommen, doch haben Verdrängungsprozesse sehr wohl stattgefunden, vor allem zulasten der Erwerbstätigen mit Berufslehre (vor allem KV). Für ältere Menschen ist der Verlust des Arbeitsplatzes ein harter Schlag. Fünf von sechs, die im Alter von über 60 Jahren – oft völlig unverschuldet – arbeitslos werden, finden keine neue Stelle mehr. In einem Land mit Vollbeschäftigung ist dies noch schwerer zu ertragen, denn hier wird das nicht als «Schicksal», sondern als persönliches Versagen empfunden.

Was soll man dagegen unternehmen? Soll man verbieten, Erwerbstätigen jenseits einer bestimmten Altersgrenze die Stelle zu kündigen? Bei einem Wirtschaftseinbruch mit massenhaften Entlassungen wäre das wirksam. Aber auf längere Sicht könnte dies für ältere Erwerbstätige die Stellensuche noch mehr erschweren, und Personen kurz vor der magischen Grenze würden vielleicht erst recht auf die Strasse gestellt.

Schutzmassnahmen wären nicht nötig, wenn Beschäftigte als umso wertvoller gälten, je älter sie sind und je länger sie schon im Betrieb arbeiten. Wie also könnten wir sie aufwerten? Hilfreich wären Weiterbildungsprogramme, da sie neue Kompetenzen vermitteln, aber noch wichtiger wäre, dass die

Lohnnebenkosten mit steigendem Alter sinken und nicht steigen. Ein anderer Weg wäre, Arbeitgebern, die ältere Stellensuchende einstellen, einen Teil der Lohnkosten zu subventionieren. Ältere zu entlassen wäre dann nicht mehr «rentabel».

Dies alles kostet, aber das tun auch die Kosten von Arbeitslosigkeit im höheren Alter, vom menschlichen Leid ganz abgesehen. Die Beschädigung des Selbstwertgefühls führt oft zu psychischen und physischen Krankheiten. Wenn Ausgesteuerte Sozialhilfe erhalten sollten, ist zuerst das Sparguthaben bei der zweiten Säule für den Lebensunterhalt aufzubrauchen. Viel wäre gewonnen, wenn arbeitslose ältere Erwerbstätige ihr Pensionskassenguthaben nicht antasten müssten, bevor sie Sozialhilfe erhalten. Erwerbslosigkeit führt heute oft zu Verarmung im Pensionsalter, da die Ergänzungsleistungen kaum erlauben, den früheren Lebensstandard beizubehalten. Wäre es daher nicht besser, dieses Geld vor der Pensionierung einzusetzen, um Ältere vor Arbeitslosigkeit zu schützen oder wenigstens die Folgen zu mildern?

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
14. September 2015
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
19. Oktober 2015
Erscheinen nächste Ausgabe 5. November 2015

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Jacqueline Badran, Pascale Bruderer Wyss,
Elisabeth Burgener Brogli, Max Chopard-Acklin, Dieter Egli, Mia Gujer, Martin Imboden, Katharina Kerr, Martin Killias, Jürg Knuchel, Alessandra Manzelli, Arsène Perroud, Adrian Rehmann, Cédric Wermuth.

Mehr Sicherheit für alle statt Steuerprivilegien für wenige!



Arsène Perroud von Wohlen ist SP-Gemeinderat mit Ressort Bevölkerungsschutz. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Die Aargauische Volksinitiative «Mehr Sicherheit für alle» wurde vom Stimmvolk am 2. Juni 2006 angenommen und hat zum Ziel, einen Polizeibestand im Verhältnis zur Einwohnerzahl von 1:700 zu erreichen. Kanton und Gemeinden einigten sich, die Umsetzung innerhalb des dualen Polizeisystems gemeinsam anzugehen. Es wurde vereinbart, in welchem Rahmen sich die Korps der Kantonspolizei und der Regional- und Stadtpolizeien bis ins Jahr 2017 entwickeln müssen, um die Zielsetzung gemäss Initiative zu erreichen. Für Gemeinden und Kanton bedeutete dies, dass sie einen merklichen Personalaufwuchs in ihren Korps bewerkstelligen und finanzieren mussten.

Die nun ausbleibenden Steuereinnahmen aufgrund der ungerechten und unnötigen Steuergesetzrevision trifft auch die Kantonspolizei in drei Bereichen mit grossen Folgen:

- Mit der Verlangsamung des Personalaufwuchses bei der Kantonspolizei wird das Ziel per 2017, ein Verhältnis zwischen Bevölkerung und Polizei von 1:700 zu erreichen, kaum mehr zu erfüllen sein.

- Der Abbau von 15 Prozent der Zivilangestellten bedeutet eine Reduktion der Polizeiposten der Kantonspolizei und eine Leistungsminderung bei der Kriminalitätsbekämpfung. Die Arbeit der Zivilangestellten muss von den Polizistinnen und Polizisten verrichtet werden, was de facto wieder einem Leistungsabbau gleichkommt.

- Zudem werden die Sachaufwände gekürzt. Die Fahrzeugflotte wird verkleinert, was Auswirkungen auf die Patrouillentätigkeit haben wird.

Die Auswirkungen für die Bevölkerung sind spürbar. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wächst weiter an. Es werden mehr Patrouillen in den Quartieren gefordert, die Angst vor Kriminaltouristen ist vorhanden. Das steigende Verkehrsaufkommen fordert die Polizei sehr. Die Liste liesse sich noch weiter verlängern.

Mit dem Leistungsabbau der Kantonspolizei werden die kommunalen Polizeikorps mehr beschäftigt, was über kurz oder lang zu mehr Kosten auf kommunaler Ebene führen wird. Es wäre völlig illusorisch zu glauben, dass sich die Arbeit für die Polizei verringern wird und dass sich derart grosse Einsparungen ohne einen Leistungsabbau bewerkstelligen lassen.

Im schweizweiten Vergleich liegt der Kanton Aargau betreffend Polizeidichte ganz weit hinten in der Rangliste. Nur Nidwalden oder Thurgau haben ein noch dünneres Netz. Vergleichbar mit dem Autobahnkanton Aargau sind diese beiden Kantone bei weitem nicht. Ein unrühmlicher Spitzenplatz für den Aargau.

Die vom Regierungsrat erarbeiteten Entlastungsmassnahmen im Sicherheitsbereich führen ausschliesslich zu einem Abbau der Leistungen zulasten der Bevölkerung und fördern bestimmt nicht die Sicherheit im Kanton Aargau. Insbesondere die politischen Kreise, die permanent nach mehr Sicherheit schreien, die die Grenzen dicht machen wollen und die eine Polizei wünschen, die hart und konsequent durchgreift, stehen nun hinter den Leistungskürzungen. Sie verraten damit ihre eigenen Postulate und missachten den Volkswillen der Initiative «Mehr Sicherheit für alle».

Gleichstellung zwischen Frauen und Männern



Montag, 5. Oktober 2015, 19:30 Uhr
Rostige Hund, Ziegelrain, Aarau

Referat: Was ist zu tun?

Yvonne Feri, SP
Nationalrätin, Gemeinderätin Wettingen

Podium

Yvonne Feri, NR SP
Markus Theunert, männer.ch
Florian Vock, NR-Kandidat Juso
Sylvia Flückiger, NR SVP
Natascha Wey Historikerin, Moderation

Wahlen vom 18. Oktober 2015
Liste 2a
Pascale Bruderer Wyss, Unsere Ständerätin



INTERVIEW



Neu in der Geschäftsleitung

links.ag: Martin Imboden, was waren Dein beruflicher und politischer Werdegang? Wo liegen Deine Stärken?

Martin Imboden: Ich habe die obligatorische Schule besucht und nach einer Lehre als Polymechniker bei BVZ-Zermatt Bahn und der Berufsmatura an der Fachhochschule in Sion Maschinenbau studiert. Nach meinem Studium hat es mich in den Aargau verschlagen, wo ich bei einem Ingenieurbüro gearbeitet habe. Kurz bevor ich das Wallis verliess, bin ich der SP beigetreten. In Baden zeigte ich Engagement und wurde in den Vorstand der SP Baden gewählt. Ich bin jemand mit vielen Fähigkeiten und bin trotzdem bescheiden. Ich kann sehr gut zuhören und in den richtigen Momenten die richtigen Fragen stellen.

Was sind Deine politischen Anliegen? Was willst Du in der GL bewegen?

Mir ist ein grosses Anliegen, dass jeder und jede an der Gesellschaft partizipieren kann, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe. Ausserdem ist mir wichtig, dass jeder das Bestmögliche aus sich machen kann. Für meine Anliegen braucht es einen starken Staat, der allen einen guten Start ins Leben ermöglicht. Zuerst möchte ich mich in die Geschäftsleitung einarbeiten, damit ich mich sinnvoll einbringen kann.

Ist es gut, wenn die Strassenkasse geöffnet und der Inhalt der Staatskasse zugeführt wird, wie es die SP mit «Aargau mit Zukunft» verlangt?

Grundsätzlich bin ich dafür, dass der Strassenverkehr mehr von den verursachten Kosten übernimmt als nur die für den Strassenunterhalt: auch diejenigen für Umwelt- und Gesundheitsbelastung.

Martin Imboden von Baden ist Mitglied des Vorstands der SP Baden. Am 15. September 2015 wurde er vom ao. Parteitag in die Geschäftsleitung der SP Aargau gewählt.

KOMMENTAR



Ein anständiger Anfang?

Gehofft hatte man, dass 1500 kommen würden, gekommen sind viel mehr. Die Polizei zählte 3500, die gegen Fremdenhass und für einen offenen Aargau demonstrierten, also werden es mindestens 4000 gewesen sein an diesem nasskühlen Abend des 22. September. «Aufstand der Anständigen» (oder, angepasst, «Aufstand für Anständige») lautete das etwas ungelente Motto, hinter dem viel Kompromiss zu vermuten ist. Denn dieser «Aufstand» war sehr breit verankert, von link(er)en Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Hilfswerken, Ausländervereinen und Kulturverbänden bis zu Beizen und allerlei Treffpunkten waren es um die sechzig Organisationen, die zur Kundgebung aufriefen. Entsprechend die mitgetragenen Slogans: Bibelsprüche, das «Frieden schaffen ohne Waffen» von 1978, von der deutschen Die Linke aktualisiert: «Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten», «Flüchtlinge bleiben, Bonzen vertreiben» und «Refugees are welcome» – ausgedrückt wurden viel Überzeugung, guter Wille und auch Utopie.

Das Ganze war grossartig und in kurzer Zeit perfekt organisiert worden. Aus allen Kantonsteilen kamen sie, ob als Anständige oder für Anständige, war schliesslich egal.

Jedoch: Wie weiter? Die üblichen dreckigen Online-Kommentare gab es natürlich auch, und Oberwil-Lieli nimmt nach wie vor keine Asylsuchenden auf. Cédric Weremuth, am Tag danach befragt, sieht es so: «Das war ein guter Anfang, hier zeigte sich die aufgeklärte Zivilgesellschaft. Das muss sich aber im Alltag bewähren, mit den versammelten Organisationen. Der ‚Aufstand‘ ist eine Basis für die Politik, die folgen muss.» Dem stimme ich zu. Die Wahrheit ist immer konkret.

Katharina Kerr ist Redaktorin links.ag

AARGAUER TAGESSTRUKTUREN

Ein Trauerspiel ohne Ende!

DIE VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE HAT ENORM AN BEDEUTUNG GEWONNEN. DABEI GEHT ES NICHT NUR UM DIE GLEICHBERECHTIGTE ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG VON FAMILIEN- UND BERUFSARBEIT, SONDERN AUCH UM DIE EXISTENZSICHERUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN.



Jürg Knuchel von Aarau ist SP-Grossrat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Es geht um Chancengleichheit und Integration. Und darum, dass gut ausgebildete Arbeitskräfte der Gesellschaft nicht verloren gehen, dass Investitionen in die Ausbildung nicht bereits mit der Geburt des ersten Kindes abgeschrieben werden müssen. Und dies notabene in einer Zeit des zunehmenden Fachkräftemangels!

Eine breit zugängliche, familienergänzende Kinderbetreuung, das heisst Kindertagesstätten, Tagesstrukturen, Mittagsbetreuung, Spielgruppen und Tagesfamilien, ist längst ein Gebot der Stunde. Auch der ökonomische Nutzen ist klar ausgewiesen. Zahlreiche Studien belegen, dass der Gesamtnutzen die Kosten bei weitem übersteigt. Für jeden investierten Franken fließen anderthalb bis zwei Franken zurück, da das zusätzlich generierte Einkommen zu höheren Steuereinnahmen und zu geringeren Sozialhilfekosten führt.

Trotz eindeutiger Faktenlage scheiterte die verbindliche Einführung einer familienergänzenden Kinderbetreuung, die ihren Namen wirklich verdient und keine Alibiübung ist, im Aargau bisher kläglich. Dies vorab am Widerstand von SVP, FDP und CVP. Deren Volksvertreter_innen haben im Grossen Rat seit 2012 wiederholt die verbindliche Realisierung einer breit zugänglichen, qualitativ genügenden und sozial verträglich finanzierten Kinderbetreuung verhindert. Während die SVP auf entsprechende Gesetzesvorlagen gar nicht erst eintreten mochte, haben FDP und CVP eine wirklich verbindliche Regelung konsequent abgelehnt, so auch anlässlich der Grossratsdebatte zum Kinderbetreuungsgesetz vom August 2015. Die FDP ist dabei sogar noch einen grossen Schritt weitergegangen

und hat durch ihren Antrag auf Beibehaltung des völlig ungenügenden Status quo einen entlarvenden Schulterchluss mit der SVP vollzogen – die eidgenössischen Wahlen lassen grüssen!

Zur flächendeckenden Realisierung der familienergänzenden Kinderbetreuung braucht es eine verbindliche gesetzliche Regelung, wie sie in der aargauischen Volksinitiative «Kinder und Eltern für familienergänzende Betreuungsstrukturen» vorgeschlagen wird: eine gesetzliche Regelung, die der breiten Zugänglichkeit, der Qualität und der

Die SP wird in der Volksabstimmung voll auf die Initiative «Kinder und Eltern» setzen.

sozial verträglichen Finanzierung der Kinderbetreuung genügend Rechnung trägt. Das als Gegenvorschlag präsentierte Kinderbetreuungsgesetz hingegen gibt diese zentralen Punkte völlig aus der Hand und opfert sie der Gemeindeautonomie. Damit sind Tür und Tor geöffnet für Willkür und Ungleichbehandlung. Chancengleichheit und Integration werden verpasst.

Die SP wird einem solchen Papiertiger nie und nimmer zustimmen und in der Volksabstimmung vom Juni 2016 voll auf die Initiative «Kinder und Eltern für familienergänzende Betreuungsstrukturen» setzen – dies zum Wohl von Familien mit Kindern und letztlich von uns allen!

Politik für das Grundbedürfnis Wohnen!

SIE GLAUBEN, IMMOBILIEN- UND WOHNPOLITIK SEI SOZIALPOLITIK? SIE REDEN VOM SOZIALEN WOHNUNGSBAU? SIE GLAUBEN, GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGEN SEIEN FÜR DIEJENIGEN MIT DEM KLEINEN PORTEMONNAIE? DANN TÄUSCHEN SIE SICH GEWALTIG.

Jacqueline Badran von Zürich ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert im Oktober wieder für die grosse Kammer. An der kommunalpolitischen Tagung der SP Aargau vom 31. Oktober spricht sie über Immobilien- und Wohnpolitik.



Beim Gut «Wohnen» handelt es sich schliesslich um den grössten Posten im Haushaltsbudget, und unsere Immobilien sind mit grossem Abstand unser grösstes volkswirtschaftliches Gut. Alle Immobilien in der Schweiz haben zusammen einen Wert von gut 4 Billionen (also 4000 Milliarden) Franken. Nicht Wohnen kann man nicht. Deshalb gehört das Gut Wohnen zur Klasse der existentiellen Güter, so wie Wasser und Luft auch. Den Boden kann man nicht wie andere Güter vermehren, wenn die Nachfrage steigt. Darum ist Immobilienpolitik im Kern Wirtschaftspolitik. Die grösste Umverteilung von unten nach oben findet über den Immobilienmarkt statt. Einzig gemeinnützige Wohnbauträger wie Wohngenossenschaften verzichten auf Gewinn. Diese sollten allen zugänglich sein und nicht nur denjenigen mit bescheidenem Budget. Deshalb ist es eben falsch, von sozialem Wohnungsbau zu sprechen. Das verkennt die prinzipielle Frage: Niemand sollte jemandem Gewinn abliefern sollen fürs Wohnen, so wie für alle anderen Grundgüter wie Wasser, Bildung, Gesundheit auch nicht. Die SP muss deshalb sowohl für deutlich mehr gemeinnützigen Wohnbau eintreten sowie für selbstbewohntes Eigentum.

Beim Wohnen handelt es sich eben so wenig nur um ein Dach über dem Kopf. Es geht hier um unser Zuhause, dort, wo man sich am meisten aufhält, wo die Kinder in die Schule gehen. Die Kosten des Wohnens bestimmen darüber, wie viel wir dafür arbeiten müssen, wie weit wir pendeln müssen, wie sich unsere Nachbarschaft zusammensetzt. Der Preis bestimmt also über unsere Freiheit, so zu leben,

wie wir wollen. Deshalb ist Immobilienpolitik immer auch Gesellschaftspolitik.

Der Bau von Immobilien zieht immer hohe Investitionen der öffentlichen Hand nach sich: Es müssen Strassen gebaut werden und Leitungen aller Art, neue Siedlungen mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden, Schulen gebaut, Parks hingestellt und unterhalten werden. Bei jeder Investition steigt der Wert der Immobilien. Das macht die Immobilien zur meistsubventionierten Branche überhaupt. Deshalb ist Immobilienpolitik auch immer Finanzpolitik.

Immobilien- und Wohnpolitik sollten im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen.

Da Boden und Immobilien für alles, was wir tun – wohnen, arbeiten, essen, Freizeitaktivitäten – benötigt wird, sind folgende Fragen entscheidend: Wem gehören unsere Immobilien und Boden? Wer kontrolliert, was auf unserem knappen, nicht vermehrbaren Boden, unserem grössten volkswirtschaftlichen Gut, passiert? Wer schöpft die leistungsfreien Gewinne ab? Was wird für wen hingestellt? Wer nutzt welchen Boden zu welchem Preis? Wie regeln wir all das? All diese fundamentalen Fragen machen Boden- und Immobilienpolitik zum Kern der von uns geforderten Wirtschaftsdemokratie.

Und genau deshalb sollten Immobilien- und Wohnpolitik im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen. Und darum ist Immobilien- und Wohnpolitik zu verstehen, ein MUSS für jeden Sozialdemokraten und jede Sozialdemokratin.

KOMMENTAR



Gemeinnützig besitzen

Im Kanton Aargau hat sich die Anzahl angebotener Wohnungen in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Der Anteil der Genossenschaften aber verharret. Dabei merken gerade Gemeinden unter Agglomerationsdruck: Ohne günstige Mietwohnungen sind die Einfamilienhäuser unterbelegt und werden immer teurer. Genossenschaften sind traditionsbewusst und gehören bei uns kulturell dazu: Der knappe Boden muss(te) gemeinsam und bestmöglich genutzt werden. Das Aufleben der Allmende oder Alpwirtschaft heisst nun «Sharing Economy». Diese Bewegung ist ein Instrument gegen den Gruppenegoismus: Für möglichst viele faire Bedingungen schaffen (anstatt für wenige möglichst billige ...). Genossenschaft bedeutet: kein Eigentum, aber Mitentscheidung. Keine Mieteinnahmen, aber Mitsprache. Die Gemeinnützigen bieten seit 108 Jahren Wohnlösungen in Selbsthilfe für alle an. Dank Kostenmiete und Spekulationsentzug bleiben die Häuser der Gemeinnützigen langfristig preisgünstig. Viele Handänderungen verteuern das Wohnen. Mit der aktuellen Diskussion der Mehrwertabgabe bei Planungs- und Aufwertungsgewinnen öffnet der Bund im Raumplanungsgesetz eine Chance. Diese Abgabe könnte der Öffentlichkeit langfristig eine Handhabe für Interventionen auf dem überhitzten Bodenmarkt bieten. Geht es weiter wie heute, werden sich die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz dramatisch verändern. Das Mitglieder-Modell wird durch gemeinnützige Bauträger verkörpert. Gründet deshalb Genossenschaften oder engagiert Euch in Vorständen der bestehenden 53 gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften im Aargau!

Adrian Rehmann von Ennetbaden ist Präsident von Wohnbaugenossenschaften Schweizerischer Regionalverband Aargau. An der kommunalpolitischen Tagung der SP Aargau vom 31. Oktober 2015 in Aarau spricht er zum Thema «Wie gründe ich eine Wohnbaugenossenschaft?».

Die Millionärssteuer-Initiative der JUSO Aargau

TROTZ DES DEUTLICHEN NEINS ZUR LEISTUNGSANALYSE IM MÄRZ SCHNÜRT DER KANTON AARGAU BEREITS DAS NÄCHSTE ABBAUPAKET. AUCH DIESES MAL WERDEN DIE BEREICHE BILDUNG, GESUNDHEIT, UMWELT, ALTER UND KULTUR BETROFFEN SEIN. JETZT LIEGT ES AN UNS, DIE FEHLER DER FATALEN BÜRGERLICHEN POLITIK AUSZUBÜGELN UND DAS LOCH IN DER KANTONSKASSE WIEDER ZU STOPFEN.

Schuld an den fehlenden finanziellen Mitteln sind einzig und alleine die Steuererleichterungen für Millionäre in den letzten Jahren. Während diese immer weniger Steuern bezahlen müssen, leidet die breite Bevölkerung an den Folgen des Leistungsabbaus. Als erste Partei bringt nun die JUSO Aargau mit ihrer Millionärssteuer einen neuen sinnvollen Lösungsvorschlag. Die Initiative will, dass Vermögensteile über zwei Millionen Franken mit etwa einem Prozent besteuert werden. Aktuell bezahlt man im Aargau für diese Vermögensteile weniger als ein halbes Prozent. Im kantonalen Vergleich ist das keine überraschende Forderung: Auch die Kantone Basel-Stadt und Genf haben eine fast gleiche Vermögenssteuer für Vermögen über zwei Millionen.

Wir holen das Geld dort, wo es genug hat.

Mit der Initiative müssen Millionäre künftig etwa ein Prozent für Vermögen über zwei Millionen bezahlen. Dies bringt dem Kanton jährlich schätzungsweise zusätzlich 75 Millionen Franken. So würde der Kantonshaushalt saniert, und zusammen mit den anderen Massnahmen wäre der Leistungsabbau vom Tisch. Zusätzlich werden Kleinsparer_innen und der Mittelstand entlastet. Denn durch die neue Vermögenssteuer wird die Steuer

bei einem steuerbaren Vermögen von 475 000 Franken sinken. Doch was heisst das konkret?

Wo heute ein Millionär mit einem Vermögen von 10 Millionen Franken jährlich 20 480 Franken Vermögenssteuer bezahlt, müsste er mit der Initiative 41 801 Franken bezahlen, also 21 321 Franken mehr. Jedoch würde für ein_e Kleinsparer_in mit einem Vermögen von 200 000 Franken die Vermögenssteuer 200 Franken anstatt 240 Franken betragen.

Nicht zu vergessen ist der Freibetrag von 100 000 Franken für Einzelpersonen und 200 000 Franken für Paare im Kanton Aargau. Dieser hat zur Folge, dass zwei Drittel der Bevölkerung jetzt schon überhaupt keine Vermögenssteuer bezahlen. Wirklich betroffen von der Millionärssteuer sind also lediglich die Reichsten 10 Prozent des Kantons, die zusammen bereits über 65 Prozent des Vermögens besitzen.

Es ist an der Zeit, dass Millionäre ihre Verantwortung gegenüber dem Kanton wahrnehmen und eine faire Steuer auf ihr Vermögen bezahlen. Die Millionärssteuer ist ein erster Schritt dazu.

Mia Gujer ist Präsidentin JUSO Aargau und Vorstandsmitglied SP Wettingen.

AGENDA

Diverse Termine: **Wahlveranstaltungen der Kandidierenden**, siehe deren Homepages und www.sp-aargau.ch/nationale-wahlen-2015/agenda-wahlen-2015/

13., 27. Oktober, 10. November 2015
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau. 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

18. Oktober 2015
Eidgenössische Wahlen

21. Oktober 2015
Versammlung 60+ Aargau, 19 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

31. Oktober 2015
Kommunalpolitische Tagung Kommunalen Wohnbau. 8.30–14 Uhr, Grossratsgebäude Aarau

11. November 2015
Herbstversammlung (Frauenkonferenz) SP Frauen Aargau

17. November 2015
Parteirat, 19–21 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

Dritte kommunalpolitische Tagung

KOMMUNALER WOHNBAU

Chancen und Möglichkeiten für den gemeinnützigen Wohnbau auf kommunaler Ebene

Samstag, 31. Oktober 2015, 8.30 bis 14 Uhr, im Grossratsgebäude Aarau.

Mit: **Jacqueline Badran**, Nationalrätin SP, Zürich, **Doris Sfar**, Leiterin Bereich Grundlagen und Information des Bundesamtes für Wohnungswesen, **Thomas Schlepfer**, Departementssekretär Finanzdepartement der Stadt Zürich, **Adrian Rehmann**, Ennetbaden, Präsident Wohnbaugenossenschaften Aargau, **Urs Hofmann**, Regierungsrat, und **Dieter Egli**, Co-Fraktionspräsident.

Anmeldung bis am 1. Oktober 2015 unter www.sp-aargau.ch/partei/kommunal.



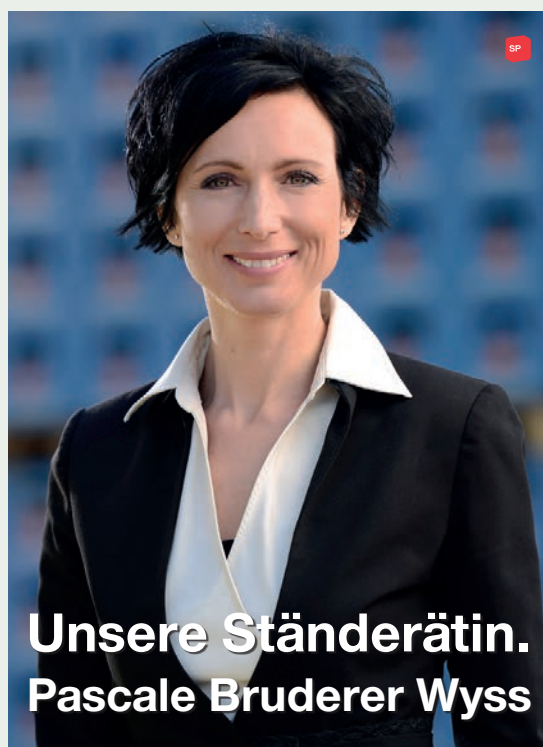
ENERGIEWENDER

MAX CHOPARD-ACKLIN
wieder in den Nationalrat.

www.max-chopard.ch

Liste 2a – SP und Gewerkschaften
Unsere Ständerätin. Pascale Bruderer Wyss

SP



Unsere Ständerätin. Pascale Bruderer Wyss